



<https://biz.li/32hc>

"NEUER POLITIKSTIL SCHAFFT INTERESSENAUSGLEICH ZWISCHEN NATURSCHUTZ UND NUTZERN VOR ORT"

Veröffentlicht am 06.12.2018 um 16:47 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Wir waren immer der Überzeugung, dass wir langfristig belastbare Lösungen nur finden werden, wenn wir einen Interessenausgleich zwischen Naturschutz und den Nutzern vor Ort schaffen. Im NSG Bockmerholz, Gaim ist der Verwaltung im Zusammenspiel mit den handelnden Personen vor Ort und der Politik eine gute Schutzgebietsverordnung gelungen. Es wurde zugehört, es wurde genau hingesehen, es wurde abgewägt und schlussendlich ein belastbarer Kompromiss gefunden", so der Vorsitzende der CDU-Fraktion Region Hannover und Lehrter Abgeordnete Bernward Schlossarek. Die Herangehensweise an die Schutzgebietsverordnung NSG Bockmerholz, Gaim stehe exemplarisch für den neuen Politikstil im Bereich Schutzgebietsverordnungen. Naturschutz und die Anliegen der Menschen vor Ort seien gleich bedeutsam. Naturschutz, der die Menschen nicht mitnimmt, sei kaum etwas wert, so die Christdemokraten. Die gefundenen Regelungen müssten auch auf eine Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger vor Ort stoßen. "Wir haben kein Interesse daran, dass in weiten Teilen der Region die Neuausweisungen der Schutzgebiete beklagt werden. Deswegen arbeiten wir hart dafür, dass belastbare Kompromisse gefunden werden", so Schlossarek. Was konkret ist neu in der Schutzgebietsverordnung? In der neu ausgearbeiteten Schutzgebietsverordnung herrsche kein grundsätzliches Betretungsverbot. Auch würden sozial akzeptierte Nutzungen des Waldes, wie beispielsweise das Sammeln von Pilzen nun toleriert. Des Weiteren werde es keine Regelungen für die Waldwirtschaft geben, die über den Walderlass des Landes hinausgehen. "Es ist klar, dass die folgenden Verordnungen sich an dieser Verordnung orientieren werden. Diese drei genannten Beispiele aus der neuen Schutzgebietsverordnung zeigen deutlich, dass ein ausgewogener und pragmatischer Naturschutz möglich ist. Man muss nur wollen, den Bürgerinnen und Bürgern zuhören und sie auch ernst nehmen", so Schlossarek. "Ich bin mir sicher, dass wir mit dieser neuen Herangehensweise, diesem neuen Politikstil, die zu erwartenden Schwierigkeiten mit den noch zu beschließenden Schutzgebietsverordnungen lösen werden", so Schlossarek abschließend.